

Wahlprüfsteine

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
zur Europawahl 2019**

Antwort der Freien Demokraten

1. Setzen sie sich dafür ein, dass in ganz Europa Vereine wie der BUND bei politischen Prozessen beteiligt und ihre Rechte nicht eingeschränkt werden? Der BUND fordert eine Demokratisierung Europas. Wir wollen ein Europa, das kritische Zivilgesellschaft und legitimen Protest als Chance für eine lebendige Demokratie begreift, statt sie einseitig als Gefahr für die parlamentarische Demokratie abzuwerten oder gar zu kriminalisieren. Wir fordern die Umsetzung der drei Säulen der Aarhus-Konvention in der EU und ihren Mitgliedsländern und dass die Überprüfung staatlichen Handelns durch Gerichte uneingeschränkt zugestanden wird. Wir fordern darüber hinaus die freie Tätigkeit und den Schutz von Zivilgesellschaft in der EU und u.a. finanzielle Konsequenzen für die Mitgliedsstaaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten.

FDP: JA

Das starke zivilgesellschaftliche Engagement der Umwelt- und Naturschutzverbände ist für uns ein wichtiges Element einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei unterstützen wir ausdrücklich die Umsetzung der drei Säulen der Aarhus-Konvention. Die Mitwirkungs- und Klagerechte der Umweltorganisationen erkennen wir Freien Demokraten daher an, ebenso ihr Recht auf freie Tätigkeit und ihren Schutz. Die legitime und uneingeschränkte Wahrnehmung der Aufgaben der Gerichte ist für uns ein unantastbares Rechtsstaatsprinzip der demokratischen Gewaltenteilung.

2. Setzen Sie sich im Rahmen der EU-Agrarreform dafür ein, dass mindestens 30 Prozent der EU-Agrarzahlungen verwendet werden, um Maßnahmen für den Naturschutz zu honorieren? Der BUND fordert eine ökologisch und sozial gerechte Agrarpolitik. Die anstehende Reform muss nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ vollzogen werden. Die pauschalen Flächenprämien sind schrittweise abzuschaffen. Fördermittel darf es nur noch für gesellschaftlich gewünschte Leistungen für Natur- und Artenschutz, Klimaschutz, artgerechte Tierhaltung und den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft geben. Landwirtschaft muss die gesetzlichen Pflichten bei Luftreinhaltung, Wasserschutz und Klimagesetzgebung erfüllen.

FDP: NEUTRAL

Die Gemeinsame Agrarpolitik berührt innerhalb der Europäischen Union sehr verschiedene Agrarstrukturen und ebenso verschiedene landwirtschaftliche Erzeugungszweige. Vor diesem Hintergrund befürworten wir bei der Fördersystematik langfristige Reformen, da radikale Änderungen stets zu Struktur-

brüchen und somit zur Verarmung von ökologisch wertvollen Kulturlandschaften führen können. Dennoch wollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik marktwirtschaftlich modernisieren und dafür sorgen, dass die Betriebe schrittweise unabhängig von Agrarsubventionen werden. Zur Bereitstellung öffentlicher Güter und zum Erhalt artenreicher Offenlandschaften wollen wir auch künftig ein angemessenes Budget zur Verfügung stellen. Darüber hinaus setzen wir uns für Markttransparenz, fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lieferbeziehungen mit klaren Rahmenbedingungen ein. Zudem muss die Agrarpolitik Vertrauen in die Sachkunde und das selbstbestimmte Wirtschaften der Landwirtinnen und Landwirte setzen.

3. Setzen Sie sich dafür ein, dass Umweltaspekte im Pestizidzulassungsverfahren gestärkt werden? Der BUND fordert eine umfassende Reform von Pestizid-Zulassungsverfahren, damit Umwelt und menschliche Gesundheit angemessen geschützt werden. Die für die Zulassung verwendeten Studien müssen zukünftig durch unabhängige wissenschaftliche Institute anstatt durch die antragstellenden Pestizidhersteller erstellt werden. Die Auswirkungen des Einsatzes von Pestiziden auf sensible Arten wie Wildbienen oder andere bestäubende Insekten müssen im Zulassungsverfahren berücksichtigt werden. Als Reaktion auf die Wiederzulassung von Glyphosat hat die EU bereits erste Schritte in Richtung mehr Transparenz ergriffen, nun müssen im Sinne der Umwelt weitere folgen.

FDP: NEUTRAL

Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln setzen wir auf die Expertise unabhängiger wissenschaftlicher Institute, statt auf ideologisch motivierte Verbote. Initiativen zur Verbesserung der Transparenz im Zulassungsprozess unterstützen wir. Die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Mensch und Umwelt müssen vor einer Zulassung bestmöglich untersucht werden. Sich schnell verändernde Rahmenbedingungen erfordern aber auch schnelle Entscheidungswege. Dazu müssen behördliche Zuständigkeiten vereinfacht und der Zulassungsprozess muss vollständig überarbeitet werden. Wenn Produkte, deren Zulassungen abgelaufen sind, sich länger auf dem Markt befinden, nur weil über den Verlängerungsantrag noch nicht entschieden wurde, ist das nicht hinnehmbar. Ebenso wenig ist es hinnehmbar, wenn neue, umweltverträglichere Wirkstoffe auf Grund von Verzögerungen im Zulassungsprozess nicht auf den Markt gelangen.

4. Setzen Sie sich für die Anhebung der EU-Ziele zu Klima und Erneuerbarer Energien ein? Das aktuelle Klimaziel der EU (40 Prozent Reduktion bis 2030 gegenüber 1990) steht nicht im Einklang mit den Pariser Zielsetzungen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad bzw. auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der BUND fordert, dass die EU neuesten Studien folgt und ihre Treibhausemissionen um rund 70 Prozent bis 2030 und um mindestens 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 verringern muss, um einen fairen Beitrag zum 1,5 Grad-Ziel zu leisten. Dafür muss das europäische Emissionsreduktionsziel für 2030 auf mindestens 55 Prozent verschärft werden. Der BUND fordert den Ausbau von erneuerbaren Energien auf einen Mindestanteil von mindestens 45 Prozent am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2030. Die tragenden Säulen der künftigen Energieversorgung müssen Sonnen- und Windenergie sein. Der BUND fordert einen schnellen, naturverträglichen und nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien und Anreize für eine dezentrale, von EU-Bürgerinnen und -Bürgern getragene Energiegewinnung, die gänzlich auf erneuerbaren Energiequellen basiert. Dafür ist eine Reduktion des Energieverbrauchs um 40% notwendig.

FDP: NEIN

Wir Freie Demokraten stehen hinter den Beschlüssen des Pariser Abkommens und setzen sich für EU-Klimaziele in Abstimmung mit dem Pariser Abkommen ein. Eine Verschärfung der EU-Klimaziele muss vorbehaltlich der internationalen klimapolitischen Realitäten erfolgen, um eine Verschärfung der Probleme des Carbon Leakage zu verhindern. Wir brauchen europäische und internationale Lösungen gleichermaßen. Daher fordern wir eine stärkere Berücksichtigung Kooperations- und Marktmechanismen in der internationalen Klimapolitik, wie sie bereits in Artikel 6 des Pariser Abkommens angelegt sind. EU-Mitgliedsstaaten und Unternehmen sollen anspruchsvolle CO₂-Einsparungsziele auch durch Maßnahmen in Ländern außerhalb der EU einlösen können. Starre Ziele für einzelne Vermeidungstechnologien oder die Nutzung erneuerbarer Energieträger lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir den EU-Emissionshandel auf weitere Sektoren (zumindest Verkehr und Wärme) ausweiten und somit dafür sorgen, dass kostenminimale Vermeidungsmaßnahmen umgesetzt und effiziente Anreize zu innovativer Energiebereitstellung und -nutzung gesetzt werden. Hierzu zählen nicht nur Erneuerbare Energieträger, sondern auch die CO₂-Speicherung und -nutzung. Hierbei ist auf Naturverträglichkeit und Akzeptanz in der Bevölkerung unbedingt zu achten. Zusätzliche Einschränkungen der Energienutzung sind unter den Bedingungen eines sektorübergreifenden Emissionshandels weder nötig noch nützlich.

5. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Verkehrspolitik bevorzugt in die Schiene statt in die Straße investiert? Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf die Schiene und Wasserwege. Dabei müssen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Die Verlagerung schont das Klima und senkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe. Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-Gelder vor allem für den Ausbau und den Erhalt der Schieneninfrastruktur eingesetzt werden und nicht mehr für den Straßenbau. Dafür sind faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern notwendig, und ein Anreizsystem zur Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene.

FDP: NEIN

Die wichtigsten Prämissen für uns Freie Demokraten in der Klimapolitik sind Effizienz, Technologieneutralität und soziale Akzeptanz. Wir lehnen planwirtschaftliche Mobilitätsverlagerungen ab, sondern setzen auf die Lenkungswirkung eines CO₂-Preises, der durch die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf den Verkehrssektor greift. Wir treten für einen bedarfsgerechten Ausbau der gesamten Mobilitätsinfrastruktur ein, nicht nur der Schiene. Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern halten wir für eine wichtige Voraussetzung eines funktionierenden und nachhaltigen Mobilitätswettbewerbs. Die Schieneninfrastruktur gilt es europaweit diskriminierungsfrei für alle Bahnen zur Verfügung zu stellen.